

# Stenographisches Protokoll

46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 23. Mai 1984

## Inhalt

### Personalien

- Krankmeldungen (S. 3831)
- Entschuldigungen (S. 3831)

### Geschäftsbehandlung

- Feststellung des Präsidenten betreffend Vertretung eines Bundesministers durch seinen Staatssekretär (S. 3844)

### Fragestunde (33.)

#### Wissenschaft und Forschung (S. 3831)

- Dr. Nowotny (247/M); Mag. Kabas, Dr. Seel, Dr. Neisser

#### Bauten und Technik (S. 3833)

- Pischl (270/M); Hofer
- Dr. Khol (271/M); Eigruber, Dr. Preiß, Dr. Feurstein
- Dr. Keimel (272/M); Haigermoser, Weinberger, Dr. Lanner
- Lußmann (273/M); Probst, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Kraft
- Hesoun (299/M); Mandorff, Hintermayer, Gossi
- Arnold Grabner (301/M); Franz Stocker, Hintermayer, Dr. Stippel
- Eigruber (297/M); Landgraf
- Dr. Keimel (274/M); Haigermoser, Hesoun, Hofer

### Bundesregierung

- Vertretungsschreiben (S. 3846)

### Ausschüsse

- Zuweisungen (S. 3846)

## Eingebracht wurden

### Regierungsvorlagen

- 264: Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien betreffend die grenzüberschreitende Beförderung von Personen und Gütern auf der Straße samt Zusatzprotokoll (S. 3847)
- 284: Erweiterung des Anhangs (Annex I) zum Übereinkommen über den Handel mit Zivilluftfahrzeugen sowie Änderungen und Ergänzungen der GATT-Liste XXXII – Österreich (Annex II)

- 286: Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens in Brüssel vom 14. Juni 1983 betreffend eine spezielle Derogation des Artikels XVI lit. d der Konvention über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife

- 288: Budgetüberschreitungsgesetz 1984

- 289: Bundesfinanzgesetznovelle 1984

- 291: Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Kärnten über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst

- 292: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Studienrichtungen der Bodenkultur geändert wird (S. 3846)

### Berichte

- III-43: Bericht 1984 gemäß § 8 des Forschungsorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 341/1981; Bundesregierung (S. 3847)

- III-49: Bericht betreffend das auf der 68. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz, 1982, angenommene Übereinkommen (Nr. 158) über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber und Empfehlung (Nr. 166) betreffend denselben Gegenstand; Bundesregierung (S. 3847)

### Einspruch des Bundesrates

- 294: Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 10. Mai 1984 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Aufgaben und die Einrichtung des Österreichischen Rundfunks geändert wird (S. 3847)

### Antrag der Abgeordneten

- Eigruber, Dr. Heindl und Genossen betreffend ein Bundesgesetz betreffend die Errichtung einer Innovationsagentur (97/A)

### Anfragen der Abgeordneten

- Rechberger, Dr. Jolanda Offenbeck, Ing. Tychtl, Fauland, Reich, Kokail und Genossen an die Bundesregierung betreffend Maßnahmen der Bundesregierung für das Land Steiermark in der vergangenen und in der laufenden Gesetzgebungsperiode (742/J)

- Huber und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend die Möglichkeit des Wiedererwerbes der österreichischen Staatsbürgerschaft (743/J)

Neumann, Gurtner und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend die Telefonhalbanschlüsse im ländlichen Raum (744/J)

Dr. Reinhart, Mag. Guggenberger, Weinberger, Wanda Brunner, Dr. Lenzi, Dipl.-Vw. Tieber und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Bau des Autobahnteilstückes „Landeck/West-Pians“ (745/J)

Dr. Reinhart, Mag. Guggenberger, Weinberger, Wanda Brunner, Dr. Lenzi, Dipl.-Vw. Tieber und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Bau des Autobahnteilstückes „Landeck/West-Pians“ (746/J)

### Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (605/AB zu 595/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (606/AB zu 598/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen (607/AB zu 606/J)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Lußmann und Genossen (608/AB zu 610/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (609/AB zu 597/J)

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Bayr und Genossen (610/AB zu 614/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen (611/AB zu 607/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Lußmann und Genossen (612/AB zu 627/J)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen (613/AB zu 650/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Lanner und Genossen (614/AB zu 655/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Reinhart und Genossen (615/AB zu 629/J)

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (616/AB zu 599/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (617/AB zu 590/J)

des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Neisser und Genossen (618/AB zu 605/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen (619/AB zu 608/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Johann Wolf und Genossen (620/AB zu 625/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Heinzinger und Genossen (621/AB zu 644/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Hilde Hawlicek und Genossen (622/AB zu 653/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (623/AB zu 657/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (624/AB zu 602/J)

des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (625/AB zu 604/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (626/AB zu 592/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Lichal und Genossen (627/AB zu 676/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (628/AB zu 615/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dietrich und Genossen (629/AB zu 637/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (630/AB zu 617/J)

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dietrich und Genossen (631/AB zu 638/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen (632/AB zu 696/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Hofer und Genossen (633/AB zu 620/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Wimmersberger und Genossen (634/AB zu 672/J)

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen (635/AB zu 626/J)

des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Heinzinger und Genossen (636/AB zu 656/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Auer und Genossen (637/AB zu 662/J)

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (638/AB zu 623/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Johann Wolf und Genossen (639/AB zu 624/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Türtscher und Genossen (Zu 592/AB zu 587/J)

## Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzender: Präsident **Benya**.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Die Amtlichen Protokolle der 44. Sitzung vom 9. Mai wie auch der 45. Sitzung vom 10. Mai 1984 sind in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Kapaun, Modl, Ottilie Rochus, Frodl und Pränckh.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Steger, Veleta, Dr. Blenk, Dkfm. Gorton, Steinbauer, Dr. Maria Hosp und Dr. Taus.

### Fragestunde

**Präsident:** Wir gelangen zur Fragestunde.

### Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

**Präsident:** 1. Anfrage: Abgeordneter Dr. Nowotny (*SPÖ*) an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

247/M

Wie würde sich eine Reduzierung der Planstellen, wie sie von Zeit zu Zeit von der Opposition gefordert wird, im Universitätsbereich auswirken?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. **Fischer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auf die Frage, wie sich eine Reduzierung der Planstellen, wie sie von Zeit zu Zeit von der Opposition gefordert wird, im Universitätsbereich auswirken würde, antworte ich wie folgt:

Die weitverbreitete und auch in diesem Haus gelegentlich geäußerte Meinung, daß jede Ausweitung des Dienstpostenstandes gleichsam eine Bürokratisierung oder gar Verschwendung sei, aber auch das vor einem Jahr gemachte Versprechen, man könne jährlich 1 Prozent der Dienstposten durch Nichtbesetzung freiwerdender Stellen einsparen, verkennen nicht nur die tatsächlichen Realitäten und sachlichen Notwendigkeiten, son-

dern stehen vor allem auch in Widerspruch zu vielen Gesetzesbeschlüssen, die in diesem Haus oft einstimmig gefaßt wurden und die natürlich ohne entsprechendes Personal nicht realisiert werden können.

Meine Damen und Herren! Ich bekenne mich daher zu einem Ausbau von Wissenschaft und Forschung nicht nur im finanziellen Bereich, wo wir ja eine Steigerungsrate von 7,9 Prozent erreicht haben, sondern auch beim Faktor Mensch, der genauso wichtig ist für eine Entwicklung von Wissenschaft und Forschung. Ich bitte das ganze Hohe Haus, mich bei diesem im Interesse unseres Landes liegenden Bemühen zu unterstützen.

**Präsident:** Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Nowotny:** Herr Bundesminister! Ich bin sicher, es werden dann im Laufe der Debatte Kollegen der ÖVP erklären, so war das ja nicht gemeint, sie wollen zwar 1 Prozent einsparen, aber bei dem Bereich nicht, so wie sie bei allen anderen Bereichen im Detail sagen, hier soll das alles wieder nicht gelten.

Ich finde es trotzdem sehr wichtig, diese Einsparvorschläge der ÖVP einmal konkret abzuklopfen, und sehe, daß im Wissenschaftsbereich das offensichtlich nicht möglich ist.

Könnten Sie uns sagen, Herr Minister, auf welchen Gebieten innerhalb des Wissenschaftsbereiches sich durch eine solche Einsparung spezielle Engpaßsituationen ergeben würden?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! Sie wissen, daß das Parlament eine Reihe von neuen Studiengesetzen beschlossen hat, zum Beispiel bei den Medizinern, zum Beispiel bei den Juristen, vor einiger Zeit auch bei den Philosophen. Es ist ganz klar, daß man diese neuen Studiengesetze mit neuen Anforderungen an Lehre und Forschung nicht ohne entsprechendes Personal realisieren kann.

Daher kommt dort nicht nur eine Kürzung nicht in Frage, sondern ich muß darauf bestehen, daß die personellen Voraussetzungen für die Vollziehung der vom Parlament beschlossenen Gesetze geschaffen werden.

**Bundesminister Dr. Fischer**

Der zweite Engpaß besteht überall dort, wo besonders starke Zunahmen der Studierendenzahlen festzustellen sind, zum Beispiel bei der Informatik, zum Beispiel bei den Pharmazeuten. Ich darf schließlich und letztlich darauf verweisen, daß das Wissenschaftsministerium ja nicht nur für den Universitätsbereich verantwortlich ist, sondern daß der Forschungsbereich zusätzliche Bedürfnisse hat und daß das sogar auch für den Bereich der Bibliotheken und der Museen Gültigkeit hat.

**Präsident:** Weitere Frage.

**Abgeordneter Dr. Nowotny:** Herr Bundesminister! Es werden ja über den Personalbereich hinaus auch generelle Kürzungsvorschläge von seiten der ÖVP vorgebracht. Können Sie jetzt über den Personalbereich hinaus in der allgemeinen Dotierung sagen, wo Sie spezielle Schwerpunkte sehen, die von Ihrem Ressort zu erfüllen sind?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dr. Fischer:** Ich glaube, daß der Personalbereich und der Sachbereich gar nicht so weit voneinander entfernt sind. Dort, wo wir zusätzliches Personal brauchen, brauchen wir natürlich auch die entsprechenden Sacheinrichtungen, zum Beispiel wenn man neue Ordinariate gründet.

Das zweite ist der bauliche Bereich, und das dritte ist die Tatsache, daß die steigenden Studentenzahlen selbstverständlich parallel gehen mit einem steigenden Bedarf bei Stipendien, mit einem steigenden Bedarf bei Studentenheimen und bei der gesamten wissenschaftlichen Infrastruktur unseres Landes.

Ich werde mich im Rahmen der notwendigen Sparsamkeit, die das oberste Prinzip dieser Bundesregierung ist, dennoch bemühen, bei den Budgetberatungen für das kommende Jahr auf diese Schwerpunkte besonders hinzuweisen, und um das Verständnis des Herrn Finanzministers und dann auch um das Verständnis des Hohen Hauses ersuchen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kabas.

**Abgeordneter Mag. Kabas (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ich weiß, daß Sie sich bei den Planstellen bemüht haben, Umschichtungen innerhalb der Fakultäten und Universitäten und auch zwischen den Fakultäten und Universitäten vorzunehmen.

Da möchte ich Sie fragen: Welchen Erfolg können Sie hier verzeichnen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dr. Fischer:** Eine Umschichtung zwischen den Universitäten, daß also eine Universität in Wien Planstellen an eine andere Universität in Graz oder Innsbruck abgibt, ist praktisch nicht denkbar.

Was die Umschichtung innerhalb einer Universität, innerhalb einer Fakultät betrifft, finde ich an sich im Prinzip großes Verständnis bei den Rektoren und bei den Dekanen, obwohl in der Praxis die Sache wesentlich schwieriger ist. Wir haben zum Beispiel darüber Übereinstimmung erzielt, daß wir bei dem besonderen Bedarf, den es auf dem Gebiet der Informatik gibt, so vorgehen, daß wir für jede Planstelle, die von der Fakultät selbst eingespart beziehungsweise umgeschichtet wird, aus dem Dienstpostenplan eine weitere zur Verfügung stellen, sodaß ein besonderer Anreiz innerhalb der Fakultät zu Umschichtungen besteht. Ich werde diese Bemühungen fortsetzen und ausdehnen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Seel.

**Abgeordneter Dr. Seel (SPÖ):** Herr Bundesminister! Sie haben darauf hingewiesen, daß der Engpaß in den verschiedenen Bereichen nicht beseitigt werden konnte, wenngleich man mit Recht relativ vorsichtig die Kapazitäten erweitert hat, um in Zukunft keine Überkapazitäten zu schaffen. Können Sie nun zusätzlich zu den Hinweisen der Umschichtungen auf Fakultätsebene Hinweise geben, wie Sie sich die Beseitigung von Engpässen in der nächsten Zeit vorstellen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dr. Fischer:** Herr Abgeordneter! Unsere erste Aufgabe ist, diese Engpässe so exakt und objektiv wie möglich zu definieren und zu beschreiben und den echten Bedarf vom wünschenswerten zu unterscheiden. Unsere zweite Aufgabe wird sein, die Politik der Schwerpunktbildungen und der Umschichtungen fortzusetzen, und meine dritte Aufgabe wird sein, bei der Gestaltung des Budgets und des Dienstpostenplanes im Rahmen des Möglichen und unter Beachtung des Prinzips der Sparsamkeit, das natürlich auch für die Universitäten in vollem Ausmaß gelten muß, jene zusätzlichen Mittel zu bekommen, die für die Universitäten notwendig sind, mit der Begründung, daß Wissen-

**Bundesminister Dr. Fischer**

schaft und Forschung in unserer Gesellschaft nicht ein Selbstzweck sind, sondern der gesamten Gesellschaft und deren Entwicklung dienen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Neisser.

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Präsident! Diese Anfrage ist Symptom für die vordergründige Polemik, mit der die Regierungspartei von Zeit zu Zeit versucht, der ÖVP zu unterstellen, daß sie mit ihren Einsparungsvorschlägen alles einfrieren will. Ich möchte hier festhalten: Es war immerhin die ÖVP-Alleinregierung unter Dr. Klaus, die erstmals den Nachweis einer konkreten Einsparung erbracht hat. Ich möchte zweitens darauf hinweisen, daß sich unsere Kritik gegen die Planstellenausweitung, vor allem gegen die Auswucherung im Bereich der Zentralverwaltung, gerichtet hat.

Herr Bundesminister! Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Frage an Sie richten: Ist Ihnen ein konkreter Vorschlag der ÖVP bekannt, wonach die Planstellen im Bereich der Universitäten und der Kunsthochschulen reduziert werden sollen?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Mir ist der sehr konkrete Vorschlag bekannt, daß Einsparungsmöglichkeiten von 1 Prozent damit angepeilt wurden, daß freierwerdende Planstellen nicht nachbesetzt werden sollen. Da Planstellen auch im Bereich von Wissenschaft und Forschung frei werden, würde sich diese Nichtnachbesetzung auch ganz konkret auf den Bereich von Wissenschaft und Forschung auswirken. Man sollte den Mut haben, sich zu seinen eigenen Programmen zu bekennen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

**Bundesministerium für Bauten und Technik**

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Pischl (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

270/M

Wozu benötigen Sie in Ihrem Ministerium einen Staatssekretär?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Sekanina:** Herr Abgeordneter Pischl! Ihre

Frage darf ich mit folgender Feststellung beantworten: um eine optimale Aufgabenbewältigung vor allem auch in speziellen Bereichen zu erreichen.

**Präsident:** Weitere Frage.

Abgeordneter **Pischl:** Herr Bundesminister! Aus verschiedenen Pressemitteilungen der letzten Wochen — sei es in der Fachzeitschrift „A 3“ oder in der „Kronen Zeitung“ — konnte man erfahren, daß Sie offensichtlich unzufrieden sind mit der Tätigkeit der Frau Staatssekretär und deshalb die Wohnbaupolitik selbst in die Hand nehmen wollen.

Ich frage Sie: Warum nehmen Sie trotz dieser Ankündigung die Wohnbaupolitik nicht selbst in die Hand beziehungsweise die im Hause liegenden Gesetzesmaterien, die hier verhandelt werden, warum sind Sie da nicht selbst anwesend?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich darf festhalten, Herr Abgeordneter, daß ich erstens einmal im Hinblick auf die Wohnbauaktualitäten die Verantwortung selbstverständlich als Ressortleiter trage, zum zweiten darf ich bemerken, daß es laufend Gespräche in Angelegenheit der einschlägigen Gesetzesnovellen gibt, zuletzt auch ein Gespräch mit Ihrem Abgeordnetenkollegen Dr. Keimel über weitere Termine und sonstige Vorgangsweisen.

**Präsident:** Weitere Frage.

Abgeordneter **Pischl:** Herr Bundesminister! Sie sagen jetzt, Sie haben die Verantwortung als Ressortleiter. Meine Frage dazu: Würde es nicht als ein Signal zu sehen sein beziehungsweise als ein Akt der Sparsamkeit, wenn die Regierung beziehungsweise der Bundeskanzler gerade in einer Zeit der Belastungen und der allgemeinen Sparappelle diesen doch hochdotierten Posten in Ihrem Ressort zur Verfügung stellen würde?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Dies wäre im gegenständlichen Fall eine falsche Sparsamkeit, Herr Abgeordneter.

**Präsident:** Weitere Frage: Abgeordneter Hofer.

Abgeordneter **Hofer** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ich glaube, daß diese Einsparung, von der Sie meinen, wie Sie

3834

Nationalrat XVI. GP — 46. Sitzung — 23. Mai 1984

**Hofer**

gesagt haben, daß sie nicht notwendig wäre, sinnvoll wäre, da ich der Meinung bin, man könnte sehr viel Geld einsparen. Noch dazu muß man feststellen, daß die Frau Staatssekretär bei den Verhandlungen und Gesprächen viel weniger konsensbereit ist, als Sie es sind. Sie signalisieren zumindest, daß Sie gewillt sind, unseren Überlegungen näherzukommen.

Glauben Sie nicht doch, Herr Bundesminister, daß Sie die Frau Staatssekretär einsparen könnten?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Nein, ich glaube nicht, Herr Abgeordneter.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Khol (ÖVP) an den Herrn Minister.

271/M

Planen Sie außerhalb Ihres Ressorts für den Bundeshochbau eine Organisation wie die ASFINAG?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter Dr. Khol! Ich darf Ihnen in diesem gegenständlichen Fall folgendes als Antwort übermitteln: Wie bekannt ist, wurden bestimmte bauliche Aktivitäten im Rahmen des Bundesministeriums für Bauten und Technik von Bauträgern durchgeführt; ebenso ist bekannt, daß es in diesem Zusammenhang Anlaß zu kritischen Bemerkungen gab. Ich habe zur Beseitigung dieser Probleme die Absicht, einen Bundeshochbaufonds zu gründen.

Gleichzeitig füge ich hinzu: An eine Ausgliederung im Sinne einer Aktiengesellschaft ist in diesem Zusammenhang nicht gedacht.

**Präsident:** Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Khol:** Herr Bundesminister! Wir von der Volkspartei sind grundsätzlich für weniger Bürokratie und sind daher dort, wo es möglich ist, für eine Verkleinerung der Spitzenbürokratie.

Meine erste Frage an Sie: Glauben Sie, wäre es auf diese Weise, durch Gründung des Fonds, möglich, in Ihrer Spitzenbürokratie weniger Beamte zu haben und so vielleicht doch den Staatssekretär einzusparen?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich darf zuerst die beiden Fragen — Bundeshochbau und Frau Staatssekretär — trennen. Ich sehe die Frau Staatssekretär nicht als Gebäude an, ich darf mir diese Formulierung erlauben (*Heiterkeit*), bitte aber gleichzeitig um Verzeihung für diese humorvolle Bemerkung.

Ich darf auch feststellen, daß es beim Bundeshochbau in diesem ganz konkreten Fall und mit dieser konkreten Absicht darum geht, mit den Ländern im Detail noch abzusprechende Projekte in möglichst effizienter Form zu realisieren, kurze Bauzeiten sowie Wirtschaftlichkeit und auch die Realisierung exakter Finanzierungskonzepte dabei besonders zu beachten. Diese Absicht verfolge ich mit diesem Fonds.

**Präsident:** Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Khol:** Sie haben meine Frage, ob dadurch die Zahl der Beamten Ihres Ressorts verringert würde, nicht beantwortet, Herr Minister, aber bitte, ich stelle meine zweite Zusatzfrage: Sie haben also die Gründung dieses Fonds vor und sind sich im klaren darüber, daß dadurch die mittelbare Bundesverwaltung der Länder, also zum Beispiel im Land Tirol, in dem die Landesregierung die Bautätigkeit sehr wirtschaftlich und sehr sparsam führt, umgangen wird.

Herr Minister! Was werden Sie tun, um die Rechte der Bundesländer, die für ihre sparsame Verwaltung bekannt sind, wiederherzustellen beziehungsweise durch diese Fondsgründung nicht anzutasten?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Doktor! Ich darf erstens einmal festhalten: Diese Fondsgründung stellt keine Extratour des Ressortleiters dar, sondern geschieht im engsten Einvernehmen mit den Ländern. (*Abg. Dr. Keimel:* Wir wissen aber nichts davon!) Im Bundesstraßenbau haben wir bereits vergleichende Abläufe in praktischer Form vorliegen. Ich bin davon überzeugt, daß in diesem Zusammenhang in keinem wie immer gearteten Falle eine Ausschaltung der Länder eintreten wird.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Eigruber.

Abgeordneter **Eigruber** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wir sind der Mei-

**Eigruber**

nung, jede Möglichkeit zur Belebung der Bautätigkeit sollte genutzt werden.

Ich frage Sie aber: Welche Kontrollmöglichkeiten werden in die von Ihnen geplante Fondslösung auf dem Hochbausektor eingebaut?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter! Der Fonds wird adäquat dem bereits im Ministerium angesiedelten Wohnaufonds bilanzieren und selbstverständlich diese Bilanz jährlich dem Parlament vorlegen. Die Einschau des Rechnungshofes wird voll gewährleistet sein. Überdies werden die Kontrollmechanismen des Ministeriums genauso wie im normalen Hochbau ausgeübt.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Preiß.

Abgeordneter Dr. **Preiß** (SPÖ): Herr Bundesminister! Meine Fraktion erwartet sich von der Errichtung dieses Fonds eine kräftige Belebung und eine Stärkung der Effizienz im Hochbau.

Ich habe an Sie folgende Frage: Sollen die durch den Fonds errichteten Bauvorhaben auch durch auf dem Kapitalmarkt aufgebrachte Mittel finanziert werden?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter! Ich darf in diesem Zusammenhang folgende Feststellung treffen: Für die wirtschaftliche Abwicklung wesentlich ist die gesicherte Dotierung, abgestimmt auf die Baudauer des jeweiligen Projektes. Dies ist ein Problem, das durch die jährliche Budgetierung im Bundeshaushalt nicht immer im vollen Umfang gelöst werden wird können. Der Fonds sollte daher im weitestgehenden Maße eine Sockelfinanzierung aus dem Budget erhalten, und nur der baubedingte, darüber hinausgehende Spitzenbedarf soll aus Kapitalmarktmitteln finanziert werden, wobei unter anderem besonders auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes Rücksicht zu nehmen ist. — Das sind die Absichten im Hinblick auf die Finanzierung.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich glaube, man muß feststellen, daß Sie die Anfragen des Abgeordne-

ten Dr. Khol nicht beantwortet haben. Sie haben uns nicht gesagt, welche Einsparungen erfolgen werden. Wir müssen auch feststellen, daß bei der ASFINAG die Länder jetzt sehr wohl mitzahlen dürfen, nachdem diese Gesellschaft gegründet worden ist.

Sie haben auch bisher nicht auf die Anfragen der Landeshauptmänner geantwortet. Ich habe mich vor dieser Sitzung beim Landeshauptmann von Vorarlberg erkundigt. Er hat Ihnen im März geschrieben, Sie haben ihm bis heute nicht geantwortet. Das Einvernehmen mit den Ländern ist also nicht hergestellt.

Meine Frage ist nun, Herr Bundesminister: In welcher Weise, ganz konkret, werden die Länder in Ihrem neuen Modell eingeschaltet sein?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter! Ich bestreite vorerst einmal, daß ein Brief des Herrn Landeshauptmannes Kessler von mir nicht beantwortet wurde. Sie stellen die Frage in den Raum, und damit ist das für Sie offensichtlich erledigt. Für mich nicht.

Für meinen Teil stelle ich fest: Ich habe Briefe der Landeshauptleute immer sofort beantwortet, und wenn die sofortige Beantwortung aus fachlichen Gründen nicht möglich war, das dann telefonisch angekündigt.

Ganz konkret halte ich fest, daß in dieses Modell die Bundesländer mit eingebaut werden, und ich werde die Frage des Herrn Dr. Khol — von der Sie meinen, ich hätte sie nicht beantwortet — in der Form beantworten: Ich kenne keine Zahl, die notwendig ist im Hinblick auf eine Reduktion der Mitarbeiter im Bundesministerium für Bauten und Technik, Sektionsbereich Hochbau.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 4: Abgeordneter Keimel (ÖVP) an den Herrn Minister.

272/M

Werden Sie die Einnahmen der Brenner Autobahn zur Gänze in Tirol investieren?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter Dr. Keimel! Zur Frage der Verwendung der Einnahmen der Brenner Autobahn, vor allem in Tirol, darf ich bitte folgendes festhalten:

**Bundesminister Sekanina**

Zuerst einmal stelle ich fest, daß eine direkte Zuweisung bestimmter Mautüberschüsse an ein einzelnes Bundesland im ASFINAG-Gesetz nicht vorgesehen ist. Ich habe allerdings durch eine weitgehende Auslegung des Gesetzes bei der im Gang befindlichen Erweiterung der Stammstrecke der Brenner Autobahn um je eine eingeschränkte Fahrspur je Fahrtrichtung diese Aktivität als erweiterte Erhaltungsmaßnahme ausgelegt. Die diesbezüglichen Mauteinnahmen der Brenner Autobahn werden also in diesem Falle dort verwendet werden. Diese Baumaßnahmen erfordern Gesamtkosten von 500 Millionen Schilling.

Des weiteren darf ich noch festhalten, daß die Brenner Autobahn AG die Planung und Errichtung der Strecke Telfs—Roppen der A 12, Inntal Autobahn, übertragen erhalten hat, und damit werden auf lange Zeit praktisch die Mautüberschüsse der Brenner Autobahn im wesentlichen im Lande Tirol investiert.

**Präsident:** Weitere Frage.

**Abgeordneter Dr. Keimel:** Herr Bundesminister! Es ist wohl klar, daß Mittel, die Tirol aus der normalen Bundesmineralölsteuer zustehen, auch für den Autobahnbau in Tirol verwendet werden. Und weil Sie die Brenner Autobahn erwähnt haben, den Ausbau bis Telfs Richtung Westen: Hier müssen durch die ASFINAG die Bundesländer, auch Tirol, zehn Prozent selbst mitzahlen. Das ist das, was wir bei der Hochbaufinanzierung ja verhindern wollen.

Über drei Viertel des gesamten Schwerlasttransits von ganz Österreich rollen durch Tirol, und daher ist es verständlich und kein unbilliges Verlangen, daß die daraus resultierenden Mauteinnahmen auch in diesem Lande verbaut werden.

Ich habe in der letzten Zeit von Ihnen selbst gehört, daß Sie meinen, daß die Zinsen aus der Kreditaufnahme — eine Meinung, die ich seit Jahren vertrete — durch den Bund, also durch den Finanzminister, bezahlt werden sollten. Es sind das heuer immerhin 2,8 Milliarden Schilling, die damit bauwirksam werden könnten.

Meine Frage: Haben Sie diese Forderung auch bereits an den Finanzminister gestellt und mit welchem Erfolg?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Das Gespräch mit dem Finanzminister ist für 29. Mai 1984 vorgesehen.

**Präsident:** Weitere Frage.

**Abgeordneter Dr. Keimel:** Herr Minister! Eine so große technische Einrichtung wie die Brenner Autobahn AG bringt zwangsläufig große Belastungen, vor allem in einem engen Gebirgstal wie dem Wipptal, Lärm, Abgase und so weiter. Es ist daher berechtigt, wenn die Brenner Autobahn AG mit einer Art Talschaftsvertrag zumindest materiell abgilt, daß die Wipptaler und die Bewohner der Nebentäler etwa mautfrei fahren können und somit die Bundesstraße meiden. Das wäre wieder Umweltschutz, weil auf der Bundesstraße dann nicht noch mehr Abgase und so weiter entstehen.

Ich frage Sie: Werden Sie solche Bestrebungen der Wipptaler unterstützen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Herr Abgeordneter Dr. Keimel! Ich habe mit den Sprechern der Talschaften, vor allem Wipptal und Stubaital, in den vergangenen Jahren ja engsten Kontakt gepflogen und werde das auch weiterhin tun. Im Hinblick auf die Höhe der Mautbeträge gab es in der letzten Zeit gerade für das Wipptal und das Stubaital bestimmte Regelungen.

Ihre konkrete Frage konkret beantwortet: Diese Kontakte werden auch weiterhin aufrechtbleiben.

**Präsident:** Weitere Frage: Abgeordneter Haigermoser.

**Abgeordneter Haigermoser (FPÖ):** Herr Minister! Der Zöllnerstreik auf italienischer Seite hat jüngst neuerdings die Wichtigkeit der Zubringerstraßen im Bereich der Brenner Autobahn bewiesen.

Ich darf Sie fragen: Wie ist der Stand des Ausbaues der Zubringerstraßen zur Brenner Autobahn?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Im konkreten darf ich festhalten, daß von der S 16, der Arlberg Schnellstraße, 48,3 Kilometer bereits in Betrieb sind. Der Abschnitt Langen—Danhöfen wird nunmehr in Angriff genommen. Die Finanzierung erfolgt durch die ASFINAG. Für

**Bundesminister Sekanina**

den fehlenden Abschnitt in Tirol wird derzeit die Planung erstellt. Diesem Abschnitt, darf ich hinzufügen, kommt ja auch unsererseits eine besondere Priorität zu.

Von der Inntal Autobahn, A 12, sind 104,4 Kilometer in Betrieb, 28 Kilometer in Bau und 12 Kilometer in Planung. Für Ende Juni 1984 ist die Verkehrsfreigabe des 4,3 Kilometer langen Abschnittes Schönwies—Zams vorgesehen.

Von der S 14, der Fernpaß Schnellstraße, mit insgesamt 63,7 Kilometern Länge, sind sieben Kilometer in Betrieb. Der fünf Kilometer lange Abschnitt Lermoos—Biberwier kann Ende Juni dem Verkehr zur Verfügung gestellt werden. Und zuletzt: Für die Umfahrung von Nassereith konnte für die Variante Sießenkopftunnel, die sich dann im Bereich Tschirgant fortsetzt, eine generelle Studie vom Bundesministerium für Bauten und Technik bereits genehmigt werden. Derzeit sind hier die weiteren Planungen im Gange. Bei einem entsprechenden Planungstempo darf ich mit Berechtigung annehmen, daß zum Jahresende diese Planung dann endgültig vorliegt.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Weinberger.

Abgeordneter **Weinberger** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Viele Milliarden Schilling sind in den letzten Jahren nach Tirol geflossen, um die Autobahn weiter voranzutreiben und um auch den Bereich Arlberg fertigzustellen. Es ist also viel geschehen im Tiroler Bereich.

Auf die Ihnen nun vom Kollegen Keimel gestellte Frage über die Verwendung der Einnahmen der Brenner Autobahn haben Sie geantwortet, daß der Verbleib dieser Gelder in Tirol nur bedingt möglich ist. Das ist, glaube ich, auch verständlich, denn wir wissen, daß immer wieder große Anstrengungen gemacht werden im Tiroler Bereich, um die Aufgaben zu erfüllen, und allein die Strecke von Landeck nach Pians erfordert weitere 700 Millionen Schilling.

Meine Frage an Sie, Herr Bundesminister: Welche Mittel werden im Zusammenhang mit den Ihnen gestellten Fragen im Jahre 1984 für Tirol zur Verfügung gestellt?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Für 1984, Herr Abgeordneter, sind für die Bundesstraßen B

und S — Schnellstraßen — 825 Millionen Schilling vorgesehen, für den Bereich Autobahnen 388 Millionen Schilling, insgesamt 1 213 Millionen Schilling; bei den Autobahnen ist es in der Relation ein relativ geringer Betrag, weil das Autobahnnetz im wesentlichen ausgebaut ist.

Dazu kommen noch Kreditrückzahlungen für Sonderfinanzierungsvorhaben in der Höhe von 40 Millionen Schilling.

Gesamtvolumen: 1 253 Millionen Schilling.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Lanner.

Abgeordneter Dr. **Lanner** (ÖVP): Herr Minister! Ich möchte an die Anfrage vom Kollegen Keimel anknüpfen.

Straßen bringen sicher viele Vorteile, Autobahnen sind notwendig, aber sie sind auch mit erheblichen Nachteilen verbunden, und zu diesen Nachteilen zählen im Tiroler Inntal vor allem der Lärm und die Abgase.

Nun ist die Brenner Autobahn Gott sei Dank aktiv, sie bringt Geld. Ich frage Sie daher, Herr Minister: Sind Sie bereit, ein Sonderprogramm für umweltfreundliche Lärmschutzeinrichtungen in Tirol zu finanzieren? — Ich sage bewußt „umweltfreundliche“, weil eine Fortsetzung der Verbetonierung durch diese Autobahnwände im höchsten Maße fremdenverkehrs- und landschaftsschädlich wäre.

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Erstens einmal, Herr Abgeordneter Dr. Lanner: Ich bin grundsätzlich selbstverständlich bereit.

Zum zweiten nehme ich für mich in Anspruch, daß ich wohl überlegt habe in der Vergangenheit und in der Gegenwart, und ich werde das auch in Zukunft tun, ob man Betonbeläge überhaupt verwenden soll. Das wird uns — Ihnen auch — einige Konflikte mit der Zementindustrie bringen. Aber trotzdem teile ich die Auffassung, daß es wohl zu überlegen ist.

Zum dritten darf ich Ihnen sagen: Die Mittel für Lärmschutzeinrichtungen nicht nur in Tirol, sondern für das gesamte Bundesgebiet wurden von der Größenordnung von 70 Millionen Schilling 1983 auf 210 Millionen Schilling 1984 aufgestockt, und wir werden gerade in Tirol zum Beispiel das von Ihnen jetzt nicht

3838

Nationalrat XVI. GP — 46. Sitzung — 23. Mai 1984

**Bundesminister Sekanina**

erwähnte, aber sicherlich mehrmals registrierte Problem Angath durchaus zufriedenstellend lösen können.

**Präsident:** Wir kommen zur 5. Anfrage: Abgeordneter Lußmann (ÖVP) an den Herrn Minister.

273/M

Wann waren Sie in Brüssel, um von der EG die Mitfinanzierung der Pyhrn Autobahn zu erreichen?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Herr Abgeordneter Lußmann! Vorweg ein Hinweis: Bitte jetzt nicht ungehalten zu sein, wenn meine Antwort vorerst einmal ein bisschen provokativ klingt, und bitte die ganze Beantwortung zu registrieren.

Ihre Frage lautet nämlich: „Wann waren Sie in Brüssel, um von der EG die Mitfinanzierung der Pyhrn Autobahn zu erreichen?“ — Ich war nie in Brüssel, um das zu erreichen, weil ich dazu keine Kompetenz besitze.

Um Ihre Frage aber konkret zu beantworten: Ich war am 5. März 1981 mit den Herren Landeshauptleuten Dr. Krainer und Dr. Ratzböck dort, um als Ressortleiter den Standpunkt des Ressorts mitzuteilen, ihn kundzutun; letztlich allerdings — darauf sei noch einmal hingewiesen — nicht mit der Verhandlungskompetenz, die in diesem Zusammenhang notwendig wäre.

**Präsident:** Zusatzfrage.

**Abgeordneter Lußmann:** Herr Minister! Ich kenne Ihre Bemühungen in diesem Zusammenhang, die ich auch selbstverständlich honoriere (*Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ*), überhaupt dann, wenn sie in solcher Gemeinsamkeit geschehen, wie Sie es eben geschildert haben. Nur: Sie sagen in einem Interview in der Zeitschrift „Straßenbau und Technik“, die das Bautenministerium selber herausgibt, geschehen sei eigentlich bisher nichts.

Daher stelle ich Ihnen, Herr Bundesminister, folgende Frage: Wie soll es generell weitergehen, damit die Gespräche zu einem Erfolg führen, beziehungsweise haben Sie vor, den Transitverkehr zusätzlich irgendwie zur Kasse zu bitten?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Ich stelle zuerst

einmal fest, Herr Abgeordneter, daß die letzte Verhandlungsrunde mit den EG in dieser Angelegenheit am 16. und 17. Mai 1984 in Brüssel stattgefunden hat. Außerdem stelle ich fest, daß Herr Vizepräsident Haferkamp vor kurzem in Österreich gewesen ist und wir ihn in dieser Richtung österreichischerseits angesprochen haben.

Ihre Frage, ob der Transitverkehr in besonderem Maße zur Kasse gebeten wird, kann ich derzeit nicht beantworten. In diesem Zusammenhang muß ich auch wieder korrekterweise sagen, daß ich hier keine Kompetenz habe. Ich glaube aber, daß wir weiterhin bemüht sein müssen, trotz allem mit den EG zu einem Arrangement zu kommen. Ich stelle nur fest, daß die EG bei ihren Darstellungen ihrer Verhandlungsposition keineswegs von der Transitstrecke und ihrer Finanzierung reden, sondern in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe anderer Fragen, die nicht in das Bautenministerium ressortieren, geregelt haben möchten; Fragen, die wir ganz einfach nicht goutieren können.

**Präsident:** Weitere Frage.

**Abgeordneter Lußmann:** Herr Bundesminister! Das eigentliche Dilemma ist ja auch, daß Sie das Autobahnstück zwischen Sattledt und Windischgarsten unbedingt fertigstellen müssen. Da sind Sie sozusagen unter Zugzwang, weil sich immer mehr zeigt, daß der Bosruck-Tunnel nicht in der Form angenommen wird, wie wir uns das alle vorgestellt haben. Die Blechlawine wälzt sich nach wie vor über die Tauern Autobahn durch das Ennstal und fährt erst beim Knoten Liezen oder Selzthal auf die Pyhrn Autobahn.

Ich frage Sie daher: In welcher Form wollen Sie diesen Teil der Autobahn in der Länge von ungefähr 50 Kilometern finanzieren: entweder über die ASFINAG, also in Form von Krediten, oder über das Budget?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Ich hoffe, daß es nicht ungehörig wirkt, was ich jetzt sage. Am liebsten würde ich als Verhandlungspartner gegenüber den EG — nicht als Person, aber als Ressortchef — darauf keine Antwort geben. Aber das wäre ganz einfach nicht gehörig. Ich möchte feststellen, daß wir wohl überlegt haben, auch im eigenen Bereich eine Finanzierungsmöglichkeit zu finden. Das Kostenvolumen beträgt rund 4,5 Milliarden Schilling. Dieses entscheidende Stück von

**Bundesminister Sekanina**

48,7 Kilometern muß unbedingt gebaut werden.

**Präsident:** Weitere Frage: Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Ich weiß — und Sie wissen das natürlich auch —, daß das Europäische Parlament in Sachen Finanzierung der Pyhrn Autobahn sehr positive Aussagen getroffen hat. Wir wissen, daß der Europarat ebenfalls unser Anliegen um Mitfinanzierung unterstützt. Auf der anderen Seite mokiert man sich mit Recht über jede Art von Restriktion des freien Durchzugsverkehrs — siehe Maut Gleinalm, Maut Tauern Autobahn et cetera — und sagt, das sei uneuropäisch.

Das Problem wird aber in den betroffenen Bundesländern, so zum Beispiel in meinem Bundesland, der Steiermark, immer unerträglicher. Mit Recht fragen sich die Menschen: Wie kommen wir dazu, bis zu 95 Prozent des Verkehrsaufkommens aus dem EG-Raum zu schlucken, die Unbill und die Belästigung zu ertragen und dafür noch die Straße zu bauen und zu erhalten? Es ist also ein Gebot europäischer Gesinnung, daß alle, die davon Gebrauch machen, das auch mitfinanzieren.

Ich darf eine konkrete Frage stellen, die an das vorher Besprochene anschließt: Wann kann man mit der Fertigstellung der Umfahrung Rottenmann rechnen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Herr Abgeordneter Probst! Die Umfahrung Rottenmann ist, wie bekannt, 6½ Kilometer lang und erfordert Gesamtkosten von zirka 500 Millionen Schilling. Mit der Grundeinlöse in diesem Bereich wird noch heuer begonnen. Mit dem Baubeginn ist zu Beginn des Jahres 1985 zu rechnen. Mein Ziel ist es, daß die Fertigstellung dieser Umfahrung spätestens 1988 erfolgt.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Grabner Heinz.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Heinz **Grabner** (SPÖ): Herr Bundesminister! Ein weiteres, besonders für die Steirer wichtiges Kernstück im Bereich der Pyhrn Autobahn ist der Plabutsch-Tunnel. Meine Frage: Wie weit sind die Arbeiten am Plabutsch-Tunnel bisher gediehen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Herr Abgeord-

neter! Die Bauarbeiten am Plabutsch-Tunnel sind derzeit dem Bauzeitplan voraus. Ich hoffe, daß dieser Zustand auch weiterhin aufrechterhalten bleibt. Zum Glück gibt es derzeit keine Schwierigkeiten. Im Interesse einer raschen Fertigstellung habe ich veranlaßt, daß die Baurate für 1984 um 50 Millionen Schilling erhöht wird. Damit stehen heuer insgesamt 454 Millionen Schilling für den Bau der Umfahrung Graz zur Verfügung. Uneingeschränkt gilt, daß die Verkehrsfreigabe 1987 durchgeführt werden soll.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kraft.

Abgeordneter **Kraft** (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich habe als Innviertler Abgeordneter vor etwa zehn Jahren Ihren Amtsvorgänger auf die Probleme, die entstehen werden, wenn die Bundesrepublik mit dem Bau der Autobahn bis zur Grenze fertig ist und österreichischerseits die Autobahn noch nicht gebaut ist, aufmerksam gemacht. Ich bekam folgende Antwort: Es werden keine Probleme entstehen, weil auch wir dann fertig sein werden, wenn die Deutschen bis zur Grenze fertiggebaut haben.

Wir wissen, daß es anders gekommen ist, daß die Probleme sehr wohl entstanden sind, daß es heute zu großen Behinderungen, Belästigungen kommt, daß der abfließende Autobahnverkehr auf Bundes- und Landesstraßen zu Beschädigungen führt. Gefährliche Spurrinnen und dergleichen sind feststellbar.

Ich darf Sie fragen, Herr Bundesminister: Welche Zeiträume für die dringendst notwendige Fertigstellung der Innkreis und Pyhrn Autobahn, insbesondere im oberen Innviertel, ergeben sich bei Mitfinanzierung beziehungsweise ohne Mitfinanzierung seitens der EG?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Herr Abgeordneter! Die Teilstrecke nach dem Grenzübergang Suben ist in einer Länge von 1,7 Kilometer als Autobahn dem Verkehr zugänglich. Die Fertigstellung der rund 22 Kilometer langen Strecke bis Ried erfolgt innerhalb eines Zeitraumes von ungefähr einem Jahr. Die Planung für die Teilstrecke Ried—Pichl ist im Gange. Die Autobahn A 8 Pichl—Wels ist bereits in Betrieb, die Überquerung Richtung Westautobahn Wels—Sattledt ist im Planungsstadium, und für die Teilstrecke Sattledt bis Windischgarsten wird die Planung heuer fertiggestellt. Unter Berücksichtigung auch des Umstandes, daß wir seitens der EG

**Bundesminister Sekanina**

keine Mittel bekommen, bin ich der Meinung, daß das bis 1987/1988 fertiggestellt sein müßte.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 6: Abgeordneter Hesoun (SPÖ) an den Herrn Minister.

299/M

Wie weit ist der Stand des Ausbaus der A 3 in Niederösterreich?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Herr Abgeordneter Hesoun! Im Zusammenhang mit dem Ausbau der A 3 in Niederösterreich ist das Anschlußbaulos Pottendorf mit einer Länge von 4,4 Kilometer in Bau. Für den Abschnitt Ebreichsdorf sind heuer die Grundeinlösungen vorgesehen. Der Ausbau dieses Abschnittes soll mit einem möglichst sparsamen Querschnitt erfolgen. Das Baulos Ebreichsdorf wird mit Gesamtkosten von 500 Millionen Schilling veranlagt.

**Präsident:** Erste Zusatzfrage.

Abgeordneter **Hesoun:** Herr Bundesminister! Wie weit sind die Verhandlungen zum Bau der Umfahrung Münchendorf im Zuge der B 16 gediehen?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Herr Abgeordneter! Die Umfahrung Münchendorf wurde in das Bauprogramm 1984 aufgenommen. Es wurde der Erwerb der dazu erforderlichen Grundflächen vorgesehen. Ich darf allerdings in diesem Zusammenhang auf den besonderen Umstand verweisen, daß im Zuge der Diskussion über die Errichtung der Umfahrung Münchendorf von der Planungsgemeinschaft Ost — das sind die Bundesländer Wien, Niederösterreich und das Burgenland — der Vorschlag ausgearbeitet wurde, den Verkehr von Münchendorf über eine Landesstraße und eine noch zu errichtende Anschlußstelle auf die Süd Autobahn umzuleiten. Soweit die Situation.

**Präsident:** Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Hesoun:** Welche Umfahrungsvariante ist realisierbar, Herr Bundesminister?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Herr Abgeord-

neter! Ich habe den Auftrag erteilt, folgende Varianten kurzfristig zu untersuchen und zu beurteilen: Erstens: Ausbau der A 3 bis Wien, Einbindung in die A 21. Zweitens: Bau der Umfahrung von Münchendorf im Zuge der B 16. Drittens: Ableitung des Verkehrs zur A 2, Süd Autobahn. Wir werden dann nach Vorliegen dieser Varianten kurzfristig die endgültige Entscheidung — auch im Einvernehmen mit der Gemeindeverwaltung — treffen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Manddorff.

Abgeordneter **Manddorff** (ÖVP): Herr Bundesminister! Zur Lösung der dringenden Verkehrsprobleme des Raumes Mödling und des weiteren Raumes südlich und südöstlich von Wien ist im Zusammenhang mit der A 3 sicher auch der Weiterbau der A 21 Richtung Osten von größter Bedeutung. Vertreter der Gemeinde Münchendorf und anderer davon betroffener Gemeinden dieses Gebietes sind der Auffassung, daß durch einen raschen Bau dieser beiden Autobahnen der Durchzugsverkehr dieser Gemeinden soweit abgeleitet werden könnte, daß sich Umfahrungsstraßen überhaupt erübrigen und auch die Kosten dieser Umfahrungsstraßen eingespart werden könnten. Sie verweisen dabei auch auf den Umstand, daß die Umfahrungsstraßen wertvolle Grundflächen für den Straßenbau in Anspruch nehmen müßten, was unter Umständen bei einem raschen Bau der Autobahnen verhindert werden könnte.

Herr Minister, darf ich die Frage stellen: Kann mit einem entsprechend raschen Ausbau der beiden Autobahnen und in diesem Zusammenhang mit einer Einsparung der erwähnten Umfahrungsstraßen gerechnet werden?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Herr Abgeordneter! Ich habe Auftrag gegeben, im Zuge der Planung die Überlegung anzustellen, bis zu welchem Abschnitt die A 21 in ihrer Gesamtlänge fortgesetzt werden sollte, um das von Ihnen Gewünschte zu erreichen. Das geschieht derzeit. Nach Vorliegen der Studien werde ich Ihnen das selbstverständlich gerne übermitteln.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hintermayer.

Abgeordneter **Hintermayer** (FPÖ): Werter Herr Minister! Wir haben soeben gehört, daß

**Hintermayer**

die Planungen im Bereich der A 3 abgeschlossen sind und daß die Grundeinlösungsverhandlungen geführt werden. Wann ist mit dem Beginn der Baumaßnahmen zu rechnen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Ich glaube zuerst einmal festhalten zu müssen, daß im Bauprogramm 1984 Geldmittel vorhanden sind für die Umfahrung im Zuge der B 16. Nach einer Entscheidung — das habe ich vorhin erwähnt — über die mögliche Variante — bei der Auswahl unter drei Varianten — könnten diese Mittel kurzfristig eingesetzt werden. Spätestens 1985 ist in diesem Bereich mit einem Baubeginn zu rechnen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gossi.

**Abgeordneter Gossi (SPÖ):** Werter Herr Minister! Für den Verkehr vom Burgenland nach Wien ist sicherlich die Strecke Ebreichsdorf—Wien von großer Bedeutung. Ich möchte Sie nun fragen: Wie weit ist der Planungsstand des Abschnittes Ebreichsdorf—Wien?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Herr Abgeordneter! Für den von Ihnen genannten Abschnitt Ebreichsdorf—Wien gibt es ein generelles Projekt, das vorliegt; die § 4-Verordnung wurde noch nicht erlassen. Im Rahmen der derzeitigen Diskussion über die Ausbaumaßnahmen in diesem Bereich werden vom Amt der Niederösterreichischen Landesregierung verschiedene Varianten der Querschnittsgestaltung überprüft.

Ich habe schon darauf verwiesen, daß im Rahmen der Planungsgemeinschaft ebenfalls Studien über verschiedene Änderungsvorschläge erarbeitet wurden. Diese weiteren Planungs- und Ausbaumaßnahmen sind im engen Zusammenhang mit dem Ausbau der B 16, der Eisenstädter Bundesstraße, zu sehen. — Soweit der derzeitige Planungszustand.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 7: Abgeordneter Arnold Grabner (SPÖ) an den Bundesminister für Bauten und Technik.

301/M

Warum konnte der Bau des Abschnittes „Umfahrung Wiener Neustadt“ im Zuge der S 4 noch nicht begonnen werden?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Herr Abgeordneter Grabner! Das Bauvorhaben B 54 zur Landesgrenze Niederösterreich — Burgenland im Zuge der S 4, Mattersburger Schnellstraße, wurde bereits mit der Errichtung von Brückenbauwerken sowie mit der Durchführung von Leitungsverlegungsarbeiten begonnen.

Bei den eigentlichen Straßenbauarbeiten hat sich insofern eine Verzögerung ergeben, als im Zuge der wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren für die Durchquerung des Brunnenschutz- und Schongebietes Neudörfel auch für den niederösterreichischen Abschnitt der S 4 Schutzvorkehrungen zur Vermeidung einer Beeinträchtigung des Grundwassers zu treffen waren, deren Einbeziehung in die Ausschreibung beziehungsweise Auftragsvergabe eine Neuausschreibung der Baumaßnahmen erforderlich machte.

Das wird einen gewissen Einfluß, allerdings einen nicht sehr gravierenden, auf die Bauabläufe haben.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

**Abgeordneter Arnold Grabner:** Herr Bundesminister! Welchen Einfluß hat die Neuausschreibung auf den Termin der Verkehrsfreigabe?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Herr Abgeordneter! Durch die Neuausschreibung tritt, wie vorhin erwähnt, insgesamt und im Hinblick auf die volle Verkehrswirksamkeit keine unmittelbare, gravierende Verschiebung ein. Allerdings wird es gegenüber dem ursprünglich geplanten Baufertigstellungstermin zu einer Verschiebung im zeitlichen Ausmaß von ungefähr zwei bis drei Monaten kommen.

**Präsident:** Weitere Frage.

**Abgeordneter Arnold Grabner:** Herr Bundesminister! Wurden ausreichende Maßnahmen zum Schutz der Trinkwasservorkommen getroffen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Im einzelnen ist vorgesehen, eine volle Kanalisation, eine besondere Bodenabdichtung und Betonleit-

3842

Nationalrat XVI. GP — 46. Sitzung — 23. Mai 1984

**Bundesminister Sekanina**

wände im Bereiche des Wasserschongebietes zu installieren.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Franz Stocker.

Abgeordneter Franz **Stocker** (ÖVP): Herr Bundesminister! Ihren Ausführungen war zu entnehmen, daß es offensichtlich durch das wasserrechtliche Verfahren, das nicht in die ursprüngliche Planungssituation einbezogen wurde, zu Bauverzögerungen kommt.

Meine Frage in diesem Zusammenhang lautet: Bedeutet das auch, daß dadurch das Projekt mit höheren Kosten belastet wird?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Bei der vorausgehenden zeitlichen Verschiebung glaube ich doch feststellen zu dürfen, daß es zu keiner wesentlichen — um das vorsichtig zu formulieren — Kostenvermehrung kommen wird. Ich habe den Eindruck, daß wir überhaupt in diesem Zusammenhang mit gleichartig gelagerten Kosten, wie erstmalig geplant, rechnen können.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hintermayer.

Abgeordneter **Hintermayer** (FPÖ): Herr Bundesminister! Da die Mattersburger Schnellstraße S 4 eine sehr wichtige Verbindung zum Burgenland darstellt, möchte ich Sie fragen: Wann wird diese Straße in ihrer Gesamtheit dem Verkehr übergeben werden können?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter, im Jahre 1986. Gesamtlänge dieses Straßenzuges: 17,5 km.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stippel.

Abgeordneter Dr. **Stippel** (SPÖ): Herr Bundesminister! Die Tatsache des raschen Ausbaues der S 4 ist für die Wiener Neustädter von allergrößter Bedeutung, nicht nur im Hinblick darauf, daß eine große Verkehrsentlastung der Stadt eintreten wird, sondern auch im Hinblick auf die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Herr Minister! Ich darf Sie also in diesem Zusammenhang fragen, welche Investitionsmittel insgesamt beim Ausbau des gegen-

ständlichen Straßenzuges eingesetzt werden können.

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich bin im Augenblick nicht in der Lage, Ihnen den endgültigen Betrag zu nennen. Allerdings haben wir Vorkehrungen getroffen, daß aus dem Titel Finanzierung keine Verzögerungen entstehen. Ich werde Ihnen den exakten Betrag dann zukommen lassen.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 8: Herr Abgeordneter Eigruber (FPÖ) an den Herrn Minister.

297/M

Wie ist der Stand der Verhandlungen über eine Mitfinanzierung der EG beim Bau der Innkreis und Pyhrn Autobahn?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich habe schon darauf verwiesen, daß Verhandlungen mit der EG über die Mitfinanzierung beim Bau der Innkreis Autobahn zuletzt am 16. und 17. Mai 1984 stattgefunden haben. Mein Eindruck in Kenntnis des Berichtes über diese Verhandlungen ist, daß es hier zu keinerlei Fortschritten in diesem Zusammenhang und in diesem Bereich gekommen ist.

**Präsident:** Zusatzfrage.

Abgeordneter **Eigruber:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! In Presseberichten wurde mehrfach über eine Studie im Auftrag der EG, die sogenannte Prognosstudie, berichtet. Stimmen die Grundaussagen dieser Studie?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Im Einvernehmen und im Kontakt mit den Verhandlern österreichischerseits wurde mir mitgeteilt, daß es einwandfreie Unterlagen gibt, die auch rechnerisch bezeugen und beweisen können, daß diese von Ihnen genannte und vorliegende Prognosstudie, die von der EG-Kommission in Auftrag gegeben wurde, zu Werten kommt, die den Gegebenheiten nicht entsprechen. Ich darf das in Prozenten ausdrücken. Die Studie sagt, daß hier der Deckungsgrad 116 Prozent ist oder, anders ausgedrückt, daß die Benutzer aus dem EG-Raum bereits 16 Prozent mehr bezahlen, als sinnvoll und notwendig wäre.

Die Berechnungen unsererseits, von unse-

**Bundesminister Sekanina**

ren Fachleuten durchgeführt, ergeben eine Größenordnung von nur 50 Prozent.

Unsere Verhandler haben dort den Standpunkt vertreten, daß auf Grund dieser von uns gelieferten Unterlagen ein reales Zutreffen der Aussagen der Prognosstudie nicht gegeben ist.

**Präsident:** Weitere Frage.

**Abgeordneter Eigruber:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sollte es zu keiner Finanzierungsbeteiligung kommen, sind dann österreichischerseits Gegenmaßnahmen wie in der Schweiz geplant?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Ich bin vom Ressort her ja nicht in der Lage, konkrete und auch in eigener Verantwortung zu treffende Entscheidungen zu kommentieren. Aber in der Schweiz, stelle ich nur fest, gibt es eine Tonnagebeschränkung für Lkw und ist die Einführung einer Autobahnbenutzungsgebühr und einer Schwerverkehrsabgabe geplant. Derzeit kenne ich in Österreich solche Überlegungen nicht.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Landgraf.

**Abgeordneter Landgraf (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Minister! In dem heute schon zitierten Interview stellten Sie fest, daß die Federführung bei den Verhandlungen das Außenministerium habe und Sie sozusagen nur in zweiter Kompetenz zuständig seien. Sie meinten dann abschließend, daß Sie daher Ihre Bitte an die Bundesregierung herantragen würden, es müsse etwas geschehen, denn sonst hätte eine weitere Planung keinen Sinn, und Sie müßten sie einstellen.

Darf ich Sie fragen, Herr Minister: Wie weit sind die Verhandlungen Ihrerseits mit der Regierung gediehen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Sekanina:** Herr Abgeordneter! Ich habe in einem anderen Zusammenhang heute schon darauf verwiesen: Diesen gesamten Fragenkomplex Bundesstraßenbau und seine Finanzierung, bezogen auch auf die speziellen Abschnitte im Zuge des Baus der A 8 und A 9, werde ich im Rahmen der festgelegten Besprechung am 29. Mai 1984 mit dem Herrn Bundesfinanzminister besprechen.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 9: Abgeordneter Keimel (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

274/M

Warum benachteiligen Sie das Wohnungseigentum?

**Präsident:** Diese Frage wird Frau Staatssekretär Eypeltauer beantworten. Bitte.

Staatssekretär im Bundesministerium für Bauten und Technik Dr. Beatrix **Eypeltauer:** Herr Abgeordneter Dr. Keimel! Es ist nicht richtig, daß das Wohnungseigentum durch die Regierungsvorlagen für ein neues Wohnbauförderungsgesetz und ein Wohnhaussanierungsgesetz — an diese Regierungsvorlagen haben Sie ja wahrscheinlich bei Ihrer Frage gedacht — benachteiligt wird.

Die sachlich gerechtfertigten Differenzierungen sind fast alle schon in den derzeitigen Gesetzen enthalten, oder sie werden in der Praxis zumindest einiger Bundesländer längst praktiziert.

Wir wollen in Zukunft den Ländern — darin stimmen wir wohl überein — weitestgehende Gestaltungsfreiheit einräumen, denn schließlich kommt den Ländern die Vollziehung der Gesetze zu. Es soll daher eine ganze Reihe von Kann-Bestimmungen geben, die den Ländern die Möglichkeit eröffnen, bei der Finanzierung eine Differenzierung zwischen Miet- und Genossenschaftswohnungen einerseits und den Eigentumsformen andererseits vorzunehmen. Dies entspricht, und ich sage es noch einmal, weitgehend der Praxis einzelner Länder.

Eines aber, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, möchte ich in aller Deutlichkeit klarstellen: Es ist ein vorrangiges Ziel der Bundesregierung, die derzeit vielfach effektiv vorhandene Benachteiligung der Mietwohnungen abzuschaffen und Mietwohnungen vor allem dort, wo sie für sozial Schwache gebaut werden, zu verbilligen.

**Präsident:** Zusatzfrage.

**Abgeordneter Dr. Keimel:** Herr Präsident! Darf ich eine grundsätzliche Frage klären, die mir zum wiederholten Male auffällt? Nach Artikel 78 der Verfassung ist jeder Staatssekretär sicherlich zur parlamentarischen Vertretung des Bundesministers, wenn er verhindert ist, berufen. Aber nach Artikel 78 (3) ist er dem Bundesminister unterstellt und an seine Weisungen gebunden.

**Dr. Keimel**

Ich empfinde es als Brüskierung des Parlaments, wenn in so wichtigen Fragen jetzt der Bundesminister, der nicht verhindert ist, vor der Glastüre im Gang steht und, wie der seinerzeitige Bundeskanzler Kreisky gesagt hat, die Gehilfin mit der Beantwortung im Parlament betraut. Diese Grundsatzfrage sollte schon einmal geklärt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Zur Ihrer Information sei gesagt: Dies entspricht der Praxis, und wenn er nicht im Raum ist, kann er vertreten werden. Wir haben in der Präsidialsitzung wiederholt angeschnitten, das so zu ändern, daß es gestattet wird. Leider gab es keine Einigung. Aber es entspricht der Geschäftsordnung.

Bitte, Ihre Frage.

**Abgeordneter Dr. Keimel:** Ich bin trotzdem überzeugt, daß es eine falsche Auslegung der Verfassung, des Geistes der Verfassung ist.

**Frau Staatssekretär!** Ich bin sicherlich auch mit Ihnen einer Meinung, daß es ungerechtfertigt ist, wenn zum Beispiel von Mietern, die kein Eigentum erwerben, Grundkostenanteile verlangt werden und so weiter. Darüber können wir ruhig reden, da bin ich mit Ihnen einer Meinung.

Aber: Es zieht sich die Diskriminierung des Eigentums — das ist nicht besser, weil es jetzt nach 13 Novellen schon drinnen ist — durch die Vorlage des Wohnbauförderungsgesetzes in 13 Paragraphen. Die Fragestunde ist nicht dazu angetan, alle aufzuzählen.

Wenn Sie meinen, die Länder sollen mehr Freiheit bekommen, dann ist es eine Muß-Bestimmung für Miete, dann müssen Sie die Kann-Bestimmung auch für Miete hineingeben.

Ich frage Sie daher: Sind Sie bereit, in den Verhandlungen über diese Gesetze, vor allem über das Wohnungsförderungsgesetz 1984, zumindest die Gleichstellung von Miete und Eigentum ernsthaft mit uns zu überlegen?

**Präsident:** Frau Staatssekretär.

**Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer:** Herr Abgeordneter, indem Sie „zumindest“ die Gleichstellung verlangen, lassen Sie erkennen, daß es Ihnen in Wirklichkeit darum geht, Eigentumswohnungen noch besser zu fördern als Mietwohnungen. Ich könnte Ihnen, wenn ich soviel Zeit hätte, eine ganze Reihe von Bestimmungen in den Richtlinien

gerade der Länder, wo die Mehrheit zu Ihrer Partei gehört, anführen, wo sehr wohl nach der Rechtsform in dem Sinn differenziert wird — dazu gehört auch Tirol —, daß man Mietwohnungen besser fördert, nicht zuletzt deswegen, weil durchschnittlich die weniger kapitalkräftigen — es muß nicht immer stimmen, aber durchschnittlich die weniger kapitalkräftigen — Wohnungsuchenden zu Mietwohnungen greifen, aber auch deswegen, weil schließlich mit öffentlichen Mitteln Eigentum geschaffen wird, über das eines Tages frei verfügt werden kann, Vermögen gebildet werden kann, und wir sicherlich auch wieder gemeinsam der Meinung sind, daß hier eine gewisse Anstrengung jedes einzelnen im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten erfolgen soll.

**Präsident:** Weitere Frage.

**Abgeordneter Dr. Keimel:** Uns ist lieber, es wird mit öffentlichen Mitteln Eigentum auch in Zehntausenden Arbeitnehmerhänden geschaffen als bei anonymen Großgemeinden wie der Stadt Wien oder bei großen Wohnbau-genossenschaften. Das möchte ich hier klarstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wollen 74 Prozent der österreichischen Bevölkerung nach drei Studien ...

**Präsident:** Sie haben die Frage zu stellen, bitte!

**Abgeordneter Dr. Keimel (fortsetzend):** Es wollen 74 Prozent im Eigentum wohnen, und dem müssen wir uns ja auch bei der Gesetzgebung beugen. Es geht nicht nur um den Neubau, sondern auch um die Übertragung von bestehenden Mietwohnungen in das Eigentum, und die ÖVP hat daher ein Eigentumsbildungsgesetz vorgeschlagen, das nun im Parlament ist.

Ich frage Sie, Frau Staatssekretär: Sind Sie bereit — in der vorigen Legislaturperiode haben Sie es abgelehnt —, ernsthaft über diese Vorschläge, Anreizsysteme, Gemeindeförderungen, gemeinnützige Wohnungen, Mietwohnungen ins Eigentum übertragen zu lassen, zu verhandeln und diese Vorschläge gesetzlich in die Tat umzusetzen?

**Präsident:** Frau Staatssekretär.

**Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer:** Wenn wir verhandelt haben, haben wir immer ernsthaft verhandelt, und das werden wir auch in dieser Legislaturperiode tun. *(Beifall)*

**Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer**

bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.)

**Präsident:** Weitere Frage: Abgeordneter Haigermoser.

Abgeordneter **Haigermoser (FPÖ):** Frau Staatssekretär! Sie haben auf Grund der Selbstdarstellung des Abgeordneten Keimel jetzt ausgeführt, daß in einigen Bundesländern das Eigentum nicht so gut gefördert wird wie die Mietwohnungen. Diese Ausführungen Ihrerseits haben mich nun neugierig gemacht.

Ich darf Sie daher fragen, wie hoch im Lande Salzburg, dem Bundesland, aus dem ich komme, die Darlehensprozentsätze für Mietwohnungen, verglichen mit den Darlehensprozentsätzen für Eigentumswohnungen, sind. In diesem Bundesland hat ja die ÖVP erst kürzlich die absolute Mehrheit erreicht. Wie steht es mit dem Verhalten der ÖVP in diesem Bundesland im Hinblick auf die angezogene Frage?

**Präsident:** Frau Staatssekretär.

**Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer:** Herr Abgeordneter Haigermoser! Im Land Salzburg beträgt das Förderungsdarlehen bei Mietwohnungen 50 Prozent der Baukosten und bei Eigentumswohnungen 45 Prozent. Dies entspricht beispielsweise auch der Vorgangsweise in Oberösterreich.

Demgegenüber — das möchte ich hier sehr deutlich sagen — sind die Prozentsätze des öffentlichen Darlehens etwa in Kärnten bei Mietwohnungen 70 Prozent und bei Eigentumswohnungen 65 Prozent. Das zeigt also, daß dort eine bessere Förderung durch Direktdarlehen besteht. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Keimel: In Salzburg und in Oberösterreich ist dafür ein sozialistischer Landesrat zuständig!)*

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hesoun.

Abgeordneter **Hesoun (SPÖ):** Herr Präsident! Frau Staatssekretär! Angeregt durch die Frage des Herrn Dr. Keimel möchte ich folgende Frage an Sie richten:

In welchem Verhältnis zueinander wurden die unterschiedlichen Wohnungskategorien Miete, Wohnungseigentum und Wohnungen in Eigenheimen seit 1970 bis zum Jahr 1982 gefördert?

**Präsident:** Frau Staatssekretär.

**Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer:** Herr Abgeordneter Hesoun! Von 1970 bis 1982 ist der Anteil der Mietwohnungen an den geförderten Wohnungen von fast 47 Prozent auf knapp unter 26 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig ist der Anteil der Eigentumsformen, also Eigentumswohnungen plus Eigenheime, von 53,2 auf 74,2 Prozent angestiegen. Das heißt, im Jahr 1982 — dasselbe Bild zeigt sich für 1983 — waren somit rund drei Viertel aller geförderten Wohneinheiten Eigentumswohnungen oder Wohnungen in Eigenheimen.

Ich glaube, diese Zahlen zeigen schon, daß von einer Eigentumsfeindlichkeit dieser Bundesregierung nicht gesprochen werden kann. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hofer.

Abgeordneter **Hofer (ÖVP):** Sehr geehrte Frau Staatssekretär! Ich möchte bei dieser Beantwortung sofort anknüpfen: Das ist doch ein Beweis dafür, daß die Mehrheit der Österreicher im Eigentum leben und wohnen will. Dadurch wird ja mehr um Eigentumswohnungen angesucht, obwohl das Gesetz auf dieser Ebene wesentlich schlechter ist. Das ist der Grund, warum wir immer von einer Eigentumsfeindlichkeit reden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es gibt so viele Bestimmungen in der jetzigen Gesetzesvorlage, wo wieder diese Benachteiligung enthalten ist.

Ich möchte Sie daher fragen, Frau Staatssekretär, beziehungsweise Sie bitten: Vergessen Sie bei den kommenden Verhandlungen doch einmal Ihre Ideologiebesessenheit und verhandeln Sie ernsthaft mit uns, damit wir hier eine Gleichstellung im Gesetz finden.

**Präsident:** Frau Staatssekretär.

**Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer:** Herr Abgeordneter! Ich glaube wirklich nicht, daß ich ideologiebesessen bin in dem Sinn, wie Sie das meinen.

Ich stimme auch mit meinen Parteifreunden voll und ganz darin überein, daß es selbstverständlich die Möglichkeit geben soll, Eigentum zu erwerben. Das zeigt ja die Entwicklung der vergangenen 15 Jahre. Es ist überhaupt nichts dagegen einzuwenden, ganz im Gegenteil. Es ist ganz klar, wenn man jemanden fragt, wo er lieber wohnt, daß er das Eigentum vorzieht. *(Abg. Kraft: Wenn*

3846

Nationalrat XVI. GP — 46. Sitzung — 23. Mai 1984

**Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer**

*Sie es wissen, dann handeln Sie danach!*  
Aber was uns nicht gefällt, ist, daß die Mietwohnungen unverhältnismäßig teuer sind. Wir handeln auch danach, das zeigt ja die Wohnungspolitik der vergangenen 15 Jahre. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir haben im übrigen eine Befragung, die etwa eineinhalb Jahre zurückliegt, machen lassen, weil wir einmal wissen wollten, wie die Menschen in Österreich über die folgende Frage denken:

Soll es mehr Förderung für Miet- und Genossenschaftswohnungen geben als bisher? 81 Prozent haben diese Frage mit Ja beantwortet, auch 58 Prozent der ÖVP-Angehörigen. *(Abg. Hofer: Haben Sie auch wegen der Eigentumswohnungen gefragt?)* Wir haben auch wegen der Eigentumswohnungen gefragt, und ich sage ja... *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend):* Meine Herren, könnten Sie sich nicht ein bisserl beruhigen? — Bitte, Frau Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Eypeltauer *(fortsetzend):* Ich sage ja nach wie vor, daß es auch nach den neuen Wohnbauförderungsgesetzen sicherlich in Mehrheit die Eigenheime und die Eigentumswohnungen sein werden, die von Jahr zu Jahr gefördert werden.

**Präsident:** Die Fragestunde ist beendet.

**Einlauf und Zuweisungen**

**Präsident:** Seit der letzten Sitzung wurden die schriftlichen Anfragen 742/J bis 746/J an Mitglieder der Bundesregierung gerichtet.

Ferner sind die Anfragebeantwortungen 605/AB bis 639/AB eingelangt.

Ich gebe weiters bekannt, daß die Anfragebeantwortung Zu 592/AB eingelangt ist.

Dem Justizausschuß weise ich den in der letzten Sitzung eingebrachten

Antrag 96/A der Abgeordneten Mag. Kabas, Dr. Gradischnik und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die staatsanwaltschaftlichen Behörden (Staatsanwaltschaftsgesetz) zu.

Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Edith Dobesberger, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Edith Dobesberger: „An das Präsidium des Nationalrates

Der Herr Bundespräsident hat am 12. Mai 1984, Zl. 1003-14/5, folgende EntschlieÙung gefaÙt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Verkehr Karl Lausecker innerhalb des Zeitraumes vom 22. bis 25. Mai 1984 den Bundesminister für Bauten und Technik Karl Sekanina mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler  
Dr. Krausam“

„An das Präsidium des Nationalrates

Der Herr Bundespräsident hat am 12. Mai 1984, Zl. 1003-05/5, folgende EntschlieÙung gefaÙt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Familie, Jugend und Konsumentenschutz Elfriede Karl innerhalb des Zeitraumes vom 22. bis 27. Mai 1984 den Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Helmut Zilk mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler  
Dr. Krausam“

**Präsident:** Dient zur Kenntnis.

Ich gebe bekannt, daß folgende Regierungsvorlagen eingelangt sind:

Bundesgesetz, mit dem Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1984 genehmigt werden (Budgetüberschreitungs-gesetz 1984) (288 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz 1984 geändert wird (Bundesfinanzgesetznovelle 1984) (289 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Studienrichtungen der Bodenkultur geändert wird (292 der Beilagen).

**Präsident**

Die weiteren eingelangten Vorlagen weise ich folgenden Ausschüssen zu:

Dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bericht der Bundesregierung betreffend das auf der 68. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz, 1982, angenommene Übereinkommen (Nr. 158) über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber und Empfehlung (Nr. 166) betreffend denselben Gegenstand (III-49 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Kärnten über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst (291 der Beilagen),

Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 10. Mai 1984 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Aufgaben und die Einrichtung des Österreichischen Rundfunks geändert wird (294 der Beilagen);

dem Verkehrsausschuß:

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien betreffend die grenzüberschreitende Beförderung von Personen und Gütern auf der Straße samt Zusatzprotokoll (264 der Beilagen);

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Bericht 1984 der Bundesregierung gemäß § 8 des Forschungsorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 341/1981 (III-43 der Beilagen);

dem Zollausschuß:

Erweiterung des Anhanges (Annex I) zum Übereinkommen über den Handel mit Zivilluftfahrzeugen sowie Änderungen und Ergänzungen der GATT-Liste XXXII — Österreich (Annex II) (284 der Beilagen),

Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens in Brüssel vom 14. Juni 1983 betreffend eine spezielle Derogation des Artikels XVI lit. d der Konvention über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife (286 der Beilagen).

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 97/A eingebracht wurde.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute, Mittwoch, den 23. Mai, um 12 Uhr 10 Minuten ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 12 Uhr 10 Minuten**